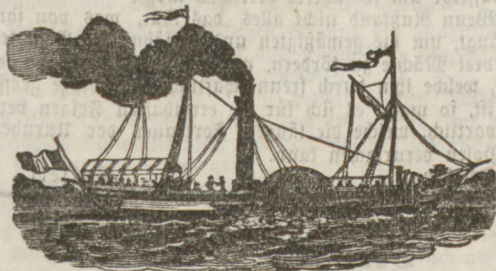


# Danziger Dampfboot.

N<sup>o</sup>. 222.

Mittwoch, den 23. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzelle 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Bzg.- u. Annonc.-Bür.  
In Leipzig: Zügel & Fort.  
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau.  
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasensteins & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 22. September.

Auf den von dem Professor Philips aus Wien erstatteten Ausschussbericht über die Gründung einer katholischen Universität hat der Katholiken-Congress sich einer speciellen Beschlussnahme enthalten in Erwägung, daß auf die Bitte des in Aachen niedergesetzten Ausschusses der Papst durch ein Breve vom 23. Aug. den Erzbischof von Köln zu seinem Stellvertreter in Betreff dieser Frage ernannt und dieselbe dadurch der unmittelbaren Initiative des Kongresses entrückt habe.

Kopenhagen, Montag 21. September.

Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Im Folgenden beantragte der Minister des Innern in Uebereinstimmung mit §. 26 des Grundgesetzes Vertagung bis zum 11. Januar künftigen Jahres.

— Eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums von heutigem Tage enthält detaillirte Befehle, betreffend die nöthigen Maßregeln, um die schnelle Entwicklung der Kriegsstärke der Armee zu sichern.

Paris, Dienstag 22. September.

Der heutige „Moniteur“ reproducirt das von anderen Journalen bereits veröffentlichte Schreiben der polnischen National-Regierung vom 15. v. Mts. an den Fürsten Czartoryski.

## N u n d s c h a n.

Berlin, 22. September.

— Sonntag Abend ist Jacob Grimm gestorben; so hat der Tod ihn wieder mit seinem vorangegangenen Bruder Wilhelm vereinigt und im Andenken des deutschen Volkes werden beide fortan als die Gebrüder Grimm unvergessen und ungetrennt fortleben.

— Der Statthalter von Warschau, Graf Wielopolski, ist am Sonnabend Nachmittag von Stettin hier angekommen und nach seiner Wohnung in der Regentenstraße übersiedelt. Er beabsichtigt, zur Stärkung seiner angegriffenen Gesundheit und als Nachkur seiner Badekur in Kälten, sich noch einige Zeit hier aufzuhalten, und hat speziell jene Gegend im Thiergarten gewählt, um möglichst viel in freier Natur sein zu können.

Aus Baden, 18. Sept. Die Führer der babilischen Kirchenbewegung haben bekanntlich die Verfassung eines deutschen Protestantentags übernommen, bestimmt zur Wahrung und Förderung der kirchlichen, Gemeinde-Interessen, zur Erneuerung der deutschen evangelischen Landeskirchen auf der Grundlage des Gemeindeprinzips und zur Herstellung einer deutschen evangelischen Nationalkirche. Auf den 7. Oktober ist nun eine vorberathende Versammlung nach Frankfurt a. M. geladen, um über Zweck, Einrichtung, Zeit und Ort des Protestantentages, sowie über die Verhandlungsgegenstände Vorträge und Ausarbeitungen und Bestellung eines ständigen Ausschusses Beschluß zu fassen. Kirchenrath Schenkel in Heidelberg nimmt Anmeldungen entgegen.

Dessau, 16. Sept. Ein neues Ministerium für Anhalt ist heute publicirt worden. Der Oberlandesgerichtspräsident Sinteris ist neben dem Vorkitz mit dem Aeußern, der Justiz, dem Cultus und dem Landwirthschaftlichen, der Generalmajor Stockmarr mit dem Militairwesen, der Regierungspräsident v. Zerbst mit den Finanzen, Domänen und Forsten, und der Staatsrath Hagemann mit dem Innern und den Bergwerken betraut worden.

Wien, 18. Sept. Die Mittheilung eines norddeutschen Blattes, daß Graf Rechberg während der Anwesenheit des Großfürsten Konstantin in Wien von diesem in besonderer Audienz empfangen worden sei, wobei die polnische Frage eingehend besprochen worden, ist ganz unrichtig. Der Graf hat mit dem Großfürsten nicht ein einziges Wort gewechselt und wurde von diesem auch nicht in besonderer Audienz empfangen. Sehr unangenehm überrascht hier die letzte Depesche der polnischen Nationalregierung an den Fürsten Ladislaus Czartoryski, welche das „Journal des Debats“ veröffentlicht. Wer es weiß, von welchem Standpunkte aus Graf Rechberg die polnische Erhebung aufsaßt und was er dafür geben würde, endlich einmal von dieser Verlegenheit befreit zu sein, der wird auch begreifen, mit welcher Unzufriedenheit Miene er die Depesche gelesen hat, in der ihm der besondere Dank von Seite der polnischen Nationalregierung ausgesprochen wird. Davon, daß Oesterreich die polnischen Insurgenten als kriegsführende Partei anerkennen werde, kann wohl unter keinen Umständen eine Rede sein.

— Die „London Gazette“ veröffentlicht folgende Depesche, welche Lord Russell am 11. August an den englischen Votschafter in Petersburg Lord Napier, gerichtet hat.

Auswärtiges Amt, den 11. August 1863.

Mylord! Am 18. v. M. theilte mir Baron Brunow eine Depesche mit, welche er am Abend vorher vom Fürsten Gortschakoff empfangen hatte.

Diese Depesche, von der ich eine Abschrift beilege, ist nichts weniger als eine befriedigende Antwort auf die Vorstellungen, die Ihrer Majestät Regierung in Gemeinschaft mit Frankreich und Oesterreich dem Cabinet von St. Petersburg machte. Zwar beginnt die Depesche mit der Erklärung, daß „das kaiserliche Cabinet den Grundfah einräumt, daß jede einen Vertrag unterzeichnende Macht das Recht hat, den Sinn desselben von ihrem eigenen Gesichtspunkte aus zu deuten, vorausgesetzt, daß die Deutung innerhalb der Grenzen des Sinnes bleibt, welche dem Vertrage zu geben dem Wortlaute gemäß möglich ist“, und Fürst Gortschakoff fügt hinzu: „Kraft dieses Grundfahes streitet das kaiserl. Cabinet keiner der bei der wiener General-Acte von 1815 betheiligten 8 Mächte dieses Recht ab.“

Sodann jedoch schreibt Fürst Gortschakoff, indem er die Frage von der Auslegung des wiener Vertrages weit bei Seite läßt, die Fortdauer des Aufstandes in Polen dem moralischen und materiellen Beistande zu, welchen er von außen erhält, giebt die 6 Punkte in unbestimmter Weise zu, verweist die vorgeschlagene Einstellung der Feindseligkeiten, weigert sich, eine Conferenz der 8 Mächte, welche den Vertrag unterzeichneten, anzunehmen, und erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der Ordnung der ernstlichen Anwendung irgend welcher die Pacification Polens bezweckenden Maßregeln vorhergehen müsse.

Ihrer Majestät Regierung will nun die Hauptpunkte der Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die ihm in meiner Depesche unterbreiteten Erwägungen ruhig prüfen.

Während Fürst Gortschakoff zugiebt, daß 1) das Verhältniß von Seiten der Regierung und die Herrschaft des Gesetzes über willkürliche Gewalt die Grundlage der Ordnung und Stabilität sein müsse, fügt er hinzu, die Achtung vor der Obrigkeit sei die unerlässliche Zugabe zu diesen Grundfahen. Allein es kann dem russischen Cabinet nicht unbekannt sein, daß Milde und Verhältnißlichkeit die Achtung vor der Obrigkeit häufig wirksamer herstellen, als die materielle Gewalt. Es würde ein beklagenswerther Irrthum sein, wenn man versuchen wollte, jene Achtung bloß durch Waffengewalt wieder herzustellen, ohne damit eine hinreichende Sicherheit für die politischen und religiösen Rechte der Unterthanen des Königs von Polen zu verbinden. Eine solche Sicherheit stellten die Vorschläge der 3 Mächte für Rußland und Polen in gleicher Weise in Aussicht.

Es hat dem Cabinet von St. Petersburg gefallen, von dieser Art, die Achtung vor der Obrigkeit wieder herzustellen, keinen Gebrauch zu machen.

2) Fürst Gortschakoff behauptet — und diese Auffassung ist das Thema des Anfangs und des Endes seiner Depesche, — daß die Wiederherstellung der Ordnung in Polen von einer Bedingung abhänge, auf welche er die Aufmerksamkeit der Regierung Ihrer britannischen Majestät gelenkt habe, „und die nicht nur unerfüllt, sondern in der Depesche Lord Russell's nicht einmal erwähnt ist; wir sprechen von dem materiellen Beistande und den moralischen Ermuthigungen, welche die Aufständischen von außen erhalten.“

Ihrer Majestät Regierung würde diesen Gegenstand gern vermeiden und, statt sich in Betrachtungen über die Vergangenheit einzulassen, lieber bloß auf heilende Maßregeln für die Zukunft Bezug genommen haben.

Allein indem sie sich dadurch, daß der Fürst Gortschakoff des Gegenstandes Erwähnung thut, genöthigt sieht, denselben gleichfalls zu berühren, nimmt Ihrer Majestät Regierung keinen Anstand, zu erklären, daß ihrer Ueberzeugung nach das Haupthinderniß der Wiederherstellung der Ordnung in Polen nicht in dem den Aufständischen von außen her geleisteten Beistande, sondern in dem Verhalten der russischen Regierung selbst besteht.

Die Kaiserin Katharina versprach den Polen im Jahre 1772 die Aufrechterhaltung ihrer Religion, der Kaiser Alexander I. versprach den Polen im Jahre 1815 eine National-Vertretung und eine National-Verwaltung.

Diese Versprechungen sind nicht erfüllt worden. Viele Jahre hindurch ward die Religion der Polen angegriffen, und bis auf die heutige Stunde sind sie nicht im Besitz der ihnen durch den Vertrag von 1815 und die Verfassung desselben Jahres zugesicherten Rechte.

Die Verletzung dieser feierlichen Verpflichtungen von Seiten der russischen Regierung rief Unzufriedenheit hervor, und der plötzliche nächtliche Einfall in die Häuser Warschau's war die unmittelbare Ursache des gegenwärtigen Aufstandes.

Hätte sich nicht Rußland die allgemeine Stimmung in Polen entfremdet, so würde der von außen kommende moralische und materielle Beistand den Aufständischen wenig geholfen haben.

Doch es ist wahr, daß in Europa lebhaftes Sympathieen zu Gunsten der Polen rege geworden sind. In jedem bedeutenden Staate, in welchem es eine Nationalvertretung giebt, in England, Frankreich, Oesterreich, Preußen, Italien, Spanien, Portugal, Schweden und Dänemark, haben sich diese Sympathieen kundgegeben. Ueberall wo es eine Nationalvertretung giebt, hat die Verwaltung, wenn sie gleich im Ausdrucke ihrer Gesinnung vorsichtig und zurückhaltend war, die Gefühle des Parlaments und der Nation getheilt.

Rußland sollte auf diese Sympathieen Rücksicht nehmen und sich die Lehre, welche in ihnen liegt, zu Nuge machen.

3) Fürst Gortschakoff legt großen Nachdruck auf den nicht zu leugnenden Umstand, daß „die Aufständischen weder Amnestie, noch Autonomie, noch eine mehr oder weniger vollständige Vertretung begehren.“

Aber es würde ein Irrthum sein, wenn man annehmen wollte, daß es in derartigen Fällen bloß zwei Parteien gebe, nämlich die mit Unterdrückung des Aufstandes beschäftigte Regierung und die mit der Aufklärung und Ausbreitung desselben beschäftigten Führer der Aufständischen. Außer diesen Parteien giebt es in solchen Fällen stets eine große schwimmende Masse, die ganz zufrieden sein würde, wenn sie Person und Eigenthum unter einer gerechten und wohlthätigen Verwaltung gesichert sähe. Man hat sich das Vertrauen dieser großen Masse nicht erworben, und auf die Fortdauer ihrer Unthätigkeit ist kaum zu rechnen.

Ihrer Majestät Regierung muß nochmals hervorheben, wie äußerst dringlich es ist, sofort das im allgemeinen Interesse so nöthige Werk der Versöhnung zu versuchen.

Wenn der russische Hof von dem aufrichtigen und uneigennütigen Beistande Gebrauch macht, den Oesterreich, Frankreich und Großbritannien ihm bieten, so sichert er sich das mächtigste Mittel, um gemäßigten Ideen in Polen zum Siege zu verhelfen und so die Grundlage eines dauerhaften Friedens zu legen.



4) Mit Bezug auf den wiener Vertrag sagt Fürst Gortschakoff: „Wir würden der Wahrheit ziemlich nahe kommen, wenn wir behaupten, der erste Artikel desselben sei von Sr. Maj. dem Kaiser Alexander I. entworfen worden und direkt von ihm ausgegangen.“

Ihrer Majestät Regierung räumt die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme gern ein. Im Jahre 1815 wurden Großbritannien, Oesterreich, Frankreich und Preußen dem schließlich getroffenen Abkommen eine Wiederherstellung des alten Königreiches Polen, wie es vor der ersten Theilung 1772 bestand, ja, selbst die Errichtung eines neuen, unabhängigen Königreiches Polen mit denselben Grenzen, wie das gegenwärtige Königreich, vorgezogen haben.

Das große Heer, welches der Kaiser Alexander damals in Polen hatte, die wichtigen Dienste, welche Rußland dem Bündnisse geleistet hatte, vor Allem aber die Furcht vor der Erneuerung des Krieges in Europa, alles dieses zusammengenommen bewirkte, daß Großbritannien, Oesterreich und Preußen das von dem Kaiser Alexander vorgeschlagene Abkommen annahmen, obgleich es in ihren Augen unter den zur Sprache gekommenen drei Plänen derjenige war, welcher die wenigste Aussicht auf dauernden Frieden und dauernde Sicherheit in Europa hat.

Aber je mehr Ihrer Majestät Regierung in dem gefaßten Beschlusse den überwiegenden Einfluß Rußlands erblickt, um so mehr ist sie von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es dem Kaiser von Rußland mehr als irgend einem andern Herrscher darum zu thun sein mußte, die Bedingungen jenes Abkommens zu beobachten.

Es kann Rußland nicht freistehen, alle Vortheile eines großen Gebietszuwachses zu genießen und sich an die Bedingungen des Instrumentes, auf welchem sein Besitz beruht, nicht zu halten.

Bei Erwähnung dieser Bedingungen sagt Fürst Gortschakoff, die einzige Stipulation, welche es als zweifelhaft habe erscheinen lassen können, daß der Kaiser von Rußland das Königreich Polen kraft desselben Rechtstitels besitze, wie seine übrigen Besitzungen, die einzige Stipulation, welche seine Rechte von irgend welcher Bedingung abhängig machen könnte, sei in zwei Stellen enthalten, die er anführt.

Es giebt aber noch eine andere Stelle, die er nicht anführt. Sie befindet sich am Anfange des ersten Artikels, wo es heißt: „Das Herzogthum Warschau, mit Ausnahme der Provinzen und Bezirke, über welche durch die folgenden Artikel anderweitig verfügt ist, wird mit dem russischen Reiche vereinigt, mit dem es durch seine Verfassung unauflöslich verbunden und auf immerdar im Besitze des Kaisers aller Reußen, seiner Erben und Nachfolger sein soll.“ Wenn in diesem Artikel nicht von einer National-Vertretung die Rede sein sollte, so hätte es genügt, zu sagen: „mit dem es unauflöslich verbunden sein soll“, ohne irgend welche Erwägung einer Verfassung.

Offenbar ist daher die Verfassung das Band, durch welches Polen mit Rußland verbunden war. Es ist wichtig, zu wissen, was diese Verfassung war, welche Polen durch den Vertrag vorgeschrieben; sie ward nicht von den europäischen Mächten promulgirt; ihre Konstruktion war dem Kaiser Alexander gänzlich überlassen; aber trotzdem müssen wir annehmen, daß es die Verfassung war, welche die Schöpfer des wiener Vertrages im Sinne hatten.

Aus diesem Grunde schlug Ihrer Majestät Regierung als zweiten der Punkte, welche der russischen Regierung vorgelegt wurden, eine Nationalvertretung mit ähnlichen Befugnissen, wie durch die Charta vom 15. (27.) November 1815 festgelegt, vor.

5. Auf die einzelnen Vorschläge Ihrer Majestät übergehend, sagt Fürst Gortschakoff mit Bezug auf die sechs Punkte, der größere Theil der von den drei Mächten bezeichneten Maßregeln seien „bereits auf Veranlassung unseres erhabenen Gebieters decretirt worden oder im Entwurf begriffen.“

Gegen das Ende der Depesche wird der Maßregeln Erwähnung gethan, „an welchen Sr. Majestät festhält, sowohl in den bereits gelegten Reimen, wie in der Entwicklung derer, welche er zum Voraus hat ahnen lassen.“

Diese Stelle, obgleich nichts weniger als eine bestimmte Zusicherung einer Nationalvertretung mit wirklichen Mitteln der Kontrolle, oder einer Nationalverwaltung, berechtigt doch einigermaßen zu der Hoffnung, daß der Kaiser Alexander schließlich auf die Eingebungen seiner eigenen wohlwollenden Gesinnung und auf die Rathschläge Europa's hören werde.

Der Vorschlag, die Feindseligkeiten einzustellen, wird verworfen, weil dies „die Gerechtigkeit gegen das getreue Heer des Kaisers, gegen die friedliche Mehrheit der Polen und gegen Rußlands Ehrgefühl, dem diese Agitationen schmerzliche Opfer auferlegen.“

Die vorgeschlagene Konferenz der Mächte, welche den wiener Vertrag unterzeichneten, wird verworfen, und damit zugleich die Aussicht auf eine sofortige und freundschaftliche Verständigung.

Statt dieses billigen und annehmbaren Vorschlages macht Rußland den Vorschlag, daß die drei Mächte, welche vor dem allgemeinen wiener Vertrage die Separat-Verträge zwischen Oesterreich und Rußland und Preußen und Rußland vorschlugen, zusammenkommen und später Frankreich und Großbritannien von dem Ergebnisse ihrer Unterhandlungen in Kenntniß setzen möchten.

Es giebt zwei Gründe, die zu einer Verurtheilung dieses Vorschlages hinreichen:

1) Die erwähnten Verträge beziehen sich abgesehen von dem allgemeinen wiener Vertrage aufgenommene Bestimmungen, nur auf materielle Gegenstände, wie Benutzung von Flußhufen, Verordnungen in Betreff der Leinpfade, freien Durchgang von Waaren aus einer Provinz in die andere und dergleichen andere die Verkehrs-Erleichterung und den Handel betreffende Dinge. Von politischen Entwicklungen oder Details ist nichts darin.

2) Offenbar würde eine solche Konferenz Oesterreich in eine schiefe Stellung bringen, und mit seinen Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien unverträglich sein.

Sr. Maj. der Kaiser von Oesterreich hat daher in einem richtigen Gefühle seiner Würde den russischen Vorschlag ohne Weiteres verworfen.

Indem Ihrer Majestät Regierung ihre Ansichten dem Fürsten Gortschakoff mittheilt, bleibt ihr noch eine gebieterische Pflicht zu erfüllen übrig.

Sie hat Sr. Excellenz ernstlichste Aufmerksamkeit auf das Bedrohliche der Lage und die Verantwortlichkeit, welche dieselbe Rußland auferlegt, zu lenken.

Großbritannien, Oesterreich und Frankreich haben auf die dringende Nothwendigkeit hingewiesen, einen befriedigenden Zustand der Dinge, der voller Gefahr für Europa ist, ein Ende zu machen. Sie haben zu gleicher Zeit die Mittel angegeben, welche ihrer Meinung nach anzuwenden wären, um dieses Ende herbeizuführen, und sie haben Rußland ihre Cooperation angeboten, damit es dasselbe um so sicherer erreichen möge.

Wenn Rußland nicht alles das thut, was von ihm abhängt, um die gemäßigten und versöhnlichen Absichten der drei Mächte zu fördern, wenn es nicht die Bahn betritt, welche ihm durch freundschaftliche Vorschläge geöffnet ist, so macht es sich für die ernsthaften Folgen verantwortlich, welche die längere Fortdauer der Unruhen in Polen verursachen kann.

Ich bin u.

Russell.

## Polales und Provinzielles.

Danzig, den 23. September.

[Stadtverordneten-Sitzung am 22. Sept.]

Vorsitzender: Herr Rechtsanwalt Köppl; Magistrats-Commissarien: Herr Stadtrath La dewig, Herr Stadtrath Hahn, Hr. Kämmerer Strauß und Herr Stadtbaurath Licht. Anwesend: 47 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Grabo, Glaubitz und Güttner ernannt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist ein Gesuch des Hrn. Ruhl um einen Swöchentlichen Urlaub, welcher bewilligt wird. Der Herr Vorsitzende theilt hierauf eine Magistratsvorlage mit, welche die Betheiligung an der von den Vorständen der Städte Berlin und Leipzig angeregten Gedenkfeier der Völkerschlacht bei Leipzig am 18. und 19. October d. J. betrifft. Dasselbe lautet dahin, „daß die Versammlung ihre Einwilligung für die Betheiligung unserer Stadt an der großen nationalen Feier geben und eine Deputation zur Besichtigung der morgen am 23. d. M. zu Leipzig stattfindenden Fest-Comitee-Sitzung erwählen möge.“ Noch ehe die Diskussion über die Vorlage beginnt, erscheint der Herr Oberbürgermeister in der Versammlung, um an der Sitzung Theil zu nehmen. Der Herr Vorsitzende richtet bei Eröffnung der Diskussion an die Versammlung die Frage, ob

1) sie sich für eine Betheiligung an der Feier am 18. und 19. October von Seiten unserer Stadt aussprechen und

2) auf welche Weise im Bejahungs-falle der ersten Frage diese Betheiligung stattfinden solle.

Herr Rickert, der sich zuerst das Wort erbittet, spricht sich für Bejahung der ersten Frage aus. In Beziehung auf die zweite Frage wünscht er nicht sofortige Beantwortung, sondern erwartet für dieselbe noch andere Mittheilungen von Seiten des Magistrats, namentlich in Betreff des Kostenpunktes der Betheiligung. Herr Breitenbach erklärt, daß eine Betheiligung von Seiten unserer Stadt an der großen nationalen Feier sich von selbst verstehe und daß, nachdem dieselbe von der Versammlung beschlossen, es nur nöthig sei, den Magistrat um weitere Anträge in der Angelegenheit zu bitten. Hr. Damme beantragt die Niederlegung einer Commission behufs einer Vorberatung. Die Angelegenheit, sagte er, trete an die Versammlung zu neu heran; sie sei in derselben noch nicht gehörig orientirt und könne deshalb ohne eine Vorberatung leicht des Guten zu viel oder zu wenig thun. Hr. Zebens tritt dem Antrage des Hrn. Damme entgegen. Es sei, sagt er, für unsere Provinz, die nicht zum deutschen Bunde gehöre, bedeutungsvoll, an der Feier von einer so außerordentlichen Wichtigkeit für die deutsche Nation Theil zu nehmen. Den Vorgängen in Frankfurt gegenüber trete die Forderung zur Betheiligung an derselben doppelt an uns heran. Wünschenswerth sei es auch aus mehr als einem Grunde, daß die vorbereitende Comitee-Sitzung in Leipzig mit einer Deputation aus unserer Stadt besetzt würde. Hr. Breitenbach spricht sich gleichfalls gegen die Niederlegung einer Commission aus. Es handle sich, sagt er, darum, sofort den Beweis zu geben, daß sich die Provinz Westpreußen für ein Ereigniß von so hoher Bedeutung, wie die bevorstehende Feier der Völkerschlacht bei Leipzig, interessire. Um über die Art und Weise der Betheiligung ins Klare zu kommen, sei es nöthig, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung die Beschlüsse, welche das Fest-Comitee in Leipzig fasse, ungesäumt mitzutheilen. Hr. Zebens spricht sich nochmals für die Abfindung einer Deputation zu der morgen in Leipzig stattfindenden Fest-Comitee-Sitzung aus. Schon in Betreff der Repartition der Unkosten sei dieselbe von Wichtigkeit. Die Unkosten der Feier würden nicht gering sein. Sei doch auch die Rede davon, daß auf dem Schlachtfelde ein nationales Denkmal errichtet werden solle. Die Wichtigkeit der Gegenstände, welche in der Sitzung des Fest-Comitees zur Berathung kommen würden, spreche für die Nothwendigkeit der Abfindung einer Deputation für dieselbe. Hr. Rickert spricht gegen die Abfindung einer Deputation: denn es könnten derselben ja nicht einmal bestimmte Aufträge gegeben werden. Nunmehr ergreift der Herr Oberbürgermeister das Wort. Der Magistrat, sagt er, habe die Besichtigung der Fest-Comitee-Sitzung in Leipzig durch Deputirte von Seiten unserer Stadt vorgeschlagen, damit dieselbe an dem Zustandekommen der großen nationalen Feier thätigen Antheil gewinne und diese selbst, indem sie in den Vorberatungen sich bei der Ergreifung der Initiative

betheilige und sich nicht ins Schlepptau nehmen lasse, mit als ihr Werk betrachten könne. Bei der Feier selbst würde die einzelne Deputation eine verschwindende Größe sein. Andere Städte, wie z. B. Stettin, hätten sich schleunigst entschlossen, die Fest-Comitee-Sitzung in Leipzig durch eine Deputation zu bescheiden. Der Deputation bestimmte Aufträge zur Ausführung in den Vorberatungen zu geben, sei aus dem Grunde unmöglich, weil man ja noch gar nicht wisse, welche Richtung und welches Ziel die Feier verfolgen würde. Der Kostenpunkt der Feier, da sie unter allen Umständen nur einen großartigen Character haben könne, ließe allerdings auch die Theilnahme an den Vorberatungen als geboten erscheinen. Hierbei sei auch in Betracht zu ziehen, daß es den kleineren Stadt-Communen in unserer Provinz vergönnt sein möge, durch Deputationen sich an der großen nationalen Feier zu betheiligen. Da es diesen nun aber schwer fallen würde, die nöthigen Geldmittel für die Betheiligung von ihrer Seite aufzubringen, so sei bei der Berathung des Kostenpunktes dahin zu wirken, daß denselben eine Erleichterung zu Theil würde, was sich dadurch ermöglichen lasse, wenn die großen Städte etwas mehr belastet würden. Habe die Versammlung die Absicht, die morgen in Leipzig stattfindende Comitee-Sitzung zu bescheiden, so müsse sie sich allerdings schnell entschließen. Indessen sei noch Zeit zur Abreise. Die Uhr sei 45, um 47 gehe der Schnellzug ab, in zwei Stunden könne man reisefertig und auf dem Bahnhofe sein. Es komme nur auf den guten Willen an. Hr. Breitenbach entgegnet, daß Manchem in der Versammlung bei dem besten Willen doch wohl die Abreise in so kurzer Zeit unmöglich sein möge. Es wird die Frage aufgeworfen, ob vielleicht irgendwelche Vorbereitungen zur Reise der zu erwählenden Deputation getroffen seien. Der Hr. Vorsitzende antwortet, daß ihm wenigstens davon nicht bekannt sei. Hr. Damme ergreift wieder das Wort, um für seinen Antrag zu sprechen. Wenn ich, sagte er, Geld genug habe, Freuden zu machen; so werde ich mich nicht viel besinnen, falls sich mir die Gelegenheit dazu darbietet. Anders ist es aber im Falle des Mangels an Geldüberfluß. Wir haben uns, meiner Ansicht nach, ernstlich zu besinnen und zu berathen, ob wir das Geld der Commune nicht für wichtigere Zwecke, als für die Feier der Völkerschlacht bei Leipzig, gebrauchen können. Wie die Verhältnisse jetzt in Deutschland stehen, haben wir auch keinen Grund zu einem allzugroßen Enthusiasmus für die Feier. Denn die Hoffnungen, welche das deutsche Volk an den Sieg von Leipzig geknüpft hat, sind nicht in Erfüllung gegangen; es ist getäuscht worden. Wenn eine Schlacht geliefert werden könnte, um die Freiheit und Gesehwirigkeit, welche jetzt in Deutschland bestehen, aus dem Felde zu schlagen, dann würde ich, ohne mich weiter zu besinnen mit Freuden für die Bewilligung jeder Summe, die man von uns verlangen kann, meine Zustimmung geben. Der Hr. Vorsitzende giebt hierauf ein Resumé der Diskussion und bringt folgende Anträge zur Abstimmung:

1) Antrag Damme, behufs einer Vorberatung in Betreff der Betheiligung an der Feier der Völkerschlacht bei Leipzig von Seiten unserer Stadt eine Commission niederzusetzen;

2) Magistrats-Antrag, die Versammlung wolle sich für die Betheiligung Danzigs an der Feier der Völkerschlacht bei Leipzig erklären;

3) Magistrats-Antrag, die Versammlung wolle beschließen, für die morgen in Leipzig stattfindende Fest-Comitee-Sitzung eine Deputation abzuschicken;

4) Antrag Breitenbach, die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, der Stadt-Verordneten-Versammlung sobald wie möglich die nöthigen Vorlagen über die Art und Weise der Betheiligung unserer Stadt an der Feier der Völkerschlacht bei Leipzig zu machen. — Die Majorität der Versammlung lehnt den 1. und 3. Antrag ab und acceptirt den 2. und 4. — Hierauf theilt der Herr Vorsitzende ein von dem Präsidium der 24. Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe an den Magistrat gerichtetes Schreiben mit, in welchem dasselbe den Dank für die freundliche Aufnahme, welche den Mitgliedern der Versammlung bei ihrem Besuche hier zu Theil geworden, mit warm empfundenen Worten ausdrückt. Der Herr Oberbürgermeister theilt mit, daß der Credit, welchen die Stadt-Verordneten dem für die feierliche Bewirthung der Gäste niedergelegten Comitee bewilligt, nicht erschöpft sei. Der Herr Vorsitzende theilt ferner mit, daß von der Verlagsbuchhandlung Brühl in Berlin eine Subscriptionseinladung auf das von Ferd. Schömidt unter dem Titel: „Deutsche National-Bibliothek“ herausgegebene Geschichtswerk eingegangen sei. Dasselbe soll im Bureau zur näheren Kenntnissnahme der Mitglieder ausgelegt werden. Das Werk wird als ein zum Geschenk an die Schulschule bei Gelegenheit der bevorstehenden Feier der Völkerschlacht geeignetes bezeichnet. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Belegung der durch den Tod des Brand-Inspectors Müller erledigten Stelle und die Erhöhung des Gehalts desselben. In einem diesen Gegenstand betreffenden Magistrats-Schreiben wird der Brandmeister Hr. Schumann von dem Corps der Berliner Feuerwehr, welcher gegenwärtig diese Stelle interimistisch verwaltet, als der in jeder Beziehung für dieselbe geeignete Mann auf das Wärmste empfohlen. Hr. Schumann hat sich aber nur unter der Bedingung zur Annahme der Stelle bereit erklärt, daß das Gehalt derselben von 800 auf 1000 Thlr. erhöht werde. Denn falls er bei dem Corps der Feuerwehr in Berlin bleibt, avancirt er mit dem nächsten Jahre zu einem jährlichen Gehalt von 950 Thlr. Noch ehe der Hr. Vorsitzende die Diskussion über diesen Gegenstand eröffnet, geht von Hrn. Damme und 5 anderen Mitgliedern der Versammlung der Antrag ein, denselben in geheimer Sitzung zu berathen. Demgemäß ist in geheimer Sitzung darüber abgestimmt, ob dem Antrag Folge gegeben werden soll. — Es wird zu einem andern Gegenstand der Tagesordnung übergegangen. Derselbe betrifft den Turnunterricht der



weiblichen Jugend. Eine Magistratsvorlage beantragt in Betreff desselben.

1) daß die Schülerinnen der Anstalten des Fräulein Müller, des Fräulein Delrich und des Hrn. Prediger Schnaase für den monatlichen Beitrag von 5 Sgr. an demselben Theil nehmen,

2) daß das Gehalt der Turnlehrerin, Frä. Szel von 10 auf 18 Thlr. erhöht,

3) daß für die Gas-Einrichtung im Turnsaale die Summe von 207 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. und

4) zur Bestreitung der täglichen Bedürfnisse die Summe von 144 Thlr. bewilligt werde.

Nachdem Herr Pisko mitgetheilt, daß die Theilnahme an diesem Unterricht im Steigen begriffen sei, da er von den Eltern als ein nützlicher anerkannt werde und daß dieselbe noch mehr steigen werde, sobald der Unterricht in der hiesigen städtischen höheren Töchter-Schule, was bereits von der königlichen Regierung genehmigt sei, für die Nachmittagsstunden aufhöre, acceptirt die Versammlung alle 4 Anträge. Ferner bewilligt sie 425 Thlr. für erweiterte Gasbeleuchtung, 221 Thlr. zu Bauausführungen an den Gebäuden des ehemaligen Franziskanerklosters und 16 Thlr. 22 Sgr 6 Pf. zur Reparatur des Holzschragens. — Der folgende Gegenstand der Tagesordnung betrifft den Um- und Ausbau des Anker-Schmiedehurnes, welcher zum Polizei-Gefängniß eingerichtet werden soll. Die Summe, welche der Magistrat für diesen Um- und Ausbau verlangt, beträgt 6000 Thlr. Der Herr Vorsitzende ergreift in dieser Angelegenheit zuerst das Wort und erkennt an, daß die Verlegung des Polizei-Gefängnisses aus dem Rathshause nach einem andern Gebäude eine Nothwendigkeit sei. Indessen findet er, daß die Magistratsvorlage den Gegenstand nicht nach allen Seiten beleuchtet und stellt des halb den Antrag, eine gemischte Commission behufs der näheren Feststellung der in der Vorlage nicht berührten wichtigen Punkte niederzulegen. Herr Zebens spricht sich gegen die Niederlegung einer Commission aus. Herr Stadtbaurath Licht giebt sogleich über einige dieser Punkte Auskunft, worauf Herr Breitenbach für die sofortige Annahme des Magistratsantrags spricht. Herr J. C. Krüger stimmt dem Antrag des Herrn Vorsitzenden bei. Hr. v. Rottenburg macht den Vorschlag, einen Speicher, der gegenwärtig zum Kauf ausgebaut sei, für den Zweck eines Polizei-Gefängnisses zu erwerben, weil auf diese Weise die Commune geringere Ausgaben haben würde. Hr. Pregel hebt hervor, daß der Anker-Schmiedehurn unter jeder Bedingung ausgebaut werden müsse und daß aus diesem Grunde es zweckmäßig sei, ihn zum Polizei-Gefängniß zu benutzen. Uebrigens sei er nicht in der Weise zur Ruine geworden, wie von verschiedenen Seiten behauptet worden. Schließlich bewirkt die Majorität der Versammlung den Antrag auf Niederlegung einer Commission und bewilligt die Summe von 6000 Thlrn. zum Um- und Ausbau des Thurmes, jedoch mit dem Zusatz, daß der Bau noch nicht in diesem Jahre vorgenommen werde. Die folgenden auf der Tagesordnung stehenden Magistrats-Anträge, verschiedene Verpackungen betreffend, werden ohne Discussion bewilligt, ebenso wird der dahingehende Antrag, der Garnisonverwaltung den Platz am Leegenthor, für welche dieselbe einen nicht unerheblichen jährlichen Miethszins zahlt, vom 1. Jan. 1865 ab nicht ferner zu überlassen bewilligt. In der diesen Antrag betreffenden Magistrats-Vorlage wird gesagt, daß der Magistrat um so mehr Ursache zur Kündigung dieses Contractes habe, als die Garnisonverwaltung die von seiner Seite mit ihr geführten Unterhandlung wegen Ueberlassung des Dominikanerplatzes für städtische Zwecke ganz abgebrochen habe. Schluß der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr.

[Königl. Marine.] Heute V. M. ging das Kanonenboot „Comet“ unter Lt. z. S. I. Kl. Rinderling nach Stralsund ab.

In der nächsten Woche wird Se. Kgl. Hoheit der Prinz-Admiral hier erwartet, um die Kriegsschiffe „Niobe“, „Rover“ und „Musquito“ noch vor der Abfahrt nach süblichen Gewässern zu inspiciere.

Herr Rechtsanwalt Röpell hier selbst ist zum Mitgliede der ständigen Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses erwählt worden.

Die Anstellung des Herrn Brandmeisters Schumann aus Berlin als Dirigent der hiesigen städtischen Feuerwehr und des Nachwachswesens mit einem Gehalt von 1000 Thlrn. ist in der gestrigen geheimen Sitzung der Stadt-Verordneten genehmigt worden. Gleichfalls hat die Versammlung ihre Genehmigung dafür ausgesprochen, daß den Lehrern an den städtischen Schulen ihr Gehalt pränumerando gezahlt werde.

Der engere Ausschuß der Friedensgesellschaft hat in seiner letzten Sitzung die Summe von 1175 Thaler an 16 Stipendiaten vertheilt.

In der Nonnengasse fand gestern Abend ein großer Aufruhr statt, welcher dadurch veranlaßt wurde, daß ein Soldat vom Seebataillon mit einer Civilperson in eine heftige Schlägerei gerieth.

Heute Morgen wurde von einem Oberfähnricher in der Mottlau nahe der Aschbrücke ein aufgebrochenes Kästchen schwimmend gefunden. Bei näherer Untersuchung sah man, daß dasselbe optische Gegenstände enthielt. Wahrscheinlich ist das Kästchen gestohlen worden.

Gestern Vormittag fuhr ein Kohlenwagen des Fuhrherrn Zander nach der Kaserne auf dem Bischofsberge. Hinter dem Eingangsthor konnte der Knecht die Pferde nicht halten, der Wagen fiel mit den Pferden den steilen Hügel hinunter bis an ein Haus im Schwarzen Meer; wobei der Knecht am Kopfe stark beschädigt wurde und deshalb ins Lazareth gebracht werden mußte. Die Pferde blieben unbeschädigt. Da schon häufig an dieser Stelle ähnliche Fälle vorgekommen sind, so würde es höchst nöthig sein, dort eine Barriere zu ziehen.

— In den letzten Tagen sind wiederum mehrere Diebstähle durch Einschießen geschehen; so u. A. bei Herrn Domancki auf Langgarten und bei Herrn Pieper auf dem Schnüßelmartie.

Marienburg, 20. Sept. Von der polnischen Grenze geht uns folgende Nachricht zu. Vor ungefähr 14 Tagen desertirten 15 Mann vom 44. Regiment nach Polen, einige derselben wurden von den Russen gefangen genommen nach Sobannisburg gebracht, und sollen wie es heißt erschossen werden. Von der 11. Compagnie des 5. Regiments ist ebenfalls ein Mann nach Polen entflohen. Die 9. Compagnie desselben Regiments nahm am 11. d. M. bei Willenberg 3 Insurgenten gefangen, es wurden dieselben nach genanntem Orte zur Wache gebracht, in der Nacht zum 12. waren die 3 gefangenen Insurgenten sammt dem Wachtposten verschwunden und wie ermittelt nach Polen gefahren.

Gibing. In der heutigen Sitzung des Magistrats ist Herr Prediger Ronsbrud aus Königsberg zum Pfar- rer der Heil. Leihnamskirche gewählt.

Memel, 15. Sept. Die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus ziehen auch an unsern Orte die allgemeine Aufmerksamkeit von den übrigen Gegenständen des socialen Lebens ganz und gar auf sich. Das hier gebildete Wahl-Comitee, unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Herrn Schulz, hat bereits eine Versammlung seiner Mitglieder in den Lokalblättern angekündigt. So weit bis jetzt die Stimmung der Urwähler sich übersehen läßt, dürfte die Liste der früheren Wahlmänner in den einzelnen Bezirken nur sehr wenige Veränderungen erfahren.

Gumbinnen. Von dem hiesigen Verein für Verbreitung liberaler Flugchriften ist eine zweite Flugchrift unter dem Titel: „Die Gotthard“ so eben herausgegeben worden.

Bromberg. Zu der am 23. d. M. in Leipzig stattfindenden Berathung resp. endgültigen Feststellung des Programms über die Gedenkfeier am 18. und 19. Oct. c. wird sich, wie wir hören, der Herr Oberbürgermeister v. Koller begeben.

Posen. Gestern Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kamen wieder 7 Wagen mit 30 Insurgenten aus Tegermeizno durch das warschauer Thor hier an. Sie wurden durch einen Zug Ulanen nach den Kasematten des Kernwerks gebracht, wo gegen sie die Unternehmung durch den Hülfsuntersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, Kreisgerichtsrath Groß, geführt werden soll.

## Stadt-Theater.

Unsere Theater-Direktion bezieht sich, die neu engagirten Mitglieder der Bühne vorzuführen; die gefristete Ausführung der „Lucia von Lammermoor“ bot wieder einigen neuen Kräften Gelegenheit, ihre Befähigung zu zeigen; besonders war dieses bei dem Varytonisten, Herrn Redello, der Fall, der in der Partie des Lord Heinrich Ashton sich beim Opernpublikum einführte. Das Organ des Hrn. Redello ist weich und rund, dabei von einer Leichtigkeit der Ansprache, wie sie für die italienische Oper nothwendig ist; dramatisch sowohl, als gefanglich fand sich der Künstler mit der Partie ganz gut ab und erntete dafür Beifall und Hervorruf. — Eine zweite neue Persönlichkeit wurde uns in Herrn Eichberger „Raimund Bidebent“ vorgeführt. Der junge Künstler besitzt ein tüchtiges Organ und hat auf die Schulung desselben schon viel Fleiß verwendet, so daß wir denselben als eine gute Acquisition für unsre Oper erachten müssen. Die Leistung des Hrn. Eichberger fand beim Publikum freundliche Anerkennung, indem es denselben durch Hervorruf bei offener Scene ehrte. — Fräul. Hülgerth sang die „Lucia“ und erndtete in dieser Coloraturpartie wiederum den Beifall, den das Publikum der Künstlerin bei ihrem jedesmaligen Auftreten zu spenden so gern bereit ist. — In der Partie des „Sir Egard von Ravenswood“ trat Hr. Louis Fischer-Achten als alter Bekannter zum ersten Male wieder auf. Die längere Abwesenheit des Künstlers von hier scheint wohlthätig auf das Organ desselben gewirkt zu haben, denn es wollte uns scheinen, als ob die Stimme an Klang wesentlich gewonnen habe. Die Leistung des Sängers wurde vom Publikum durch mehrfache Beifallsbezeugungen geehrt und belohnt.

## Gerichtszeitung.

### Criminal-Gericht zu Danzig.

[Der Tod tilgt alle Schuld.] Die Arbeiter Michael Rembowski und Joseph Dopke aus Oliva sind angeklagt, in der Olivaer Forst eine Buche abgehan und gestohlen zu haben. Zu dem Audienztermin, welcher vorgestern für diese Anklage anstand, erschien nur Dopke. Dieser erklärte sich für unschuldig. Er sei, sagte er, allerdings mit seinem Kameraden in der Forst gewesen, und habe dort zwar eine Buche angesehen, aber sie keineswegs abgehan und gestohlen. Während seine Blicke mit Wohlgefallen auf der Buche geruht, sei der Förster gekommen und habe gesagt: Na, die könnte Euch wohl gefallen! Steht sie nur nicht. — Anders lautete jedoch die Anzeige des Försters von Oliva, auf Grund deren die Anklage erhoben worden war. Derselbe sagte ganz bestimmt aus, daß Dopke mit Rembowski die Buche abgehan hätte und in dem Moment betroffen worden sei, als er eben im Begriff gewesen, dieselbe fortzuschleppen. Da nun aber die gerichtliche mündliche Vernehmung des Försters, weil derselbe vor einiger Zeit gestorben, nicht erfolgen konnte und somit seine Angaben ohne Bekräftigung des Eides blieben; so sah sich der Herr Staatsanwalt veranlaßt, selbst die Freisprechung zu beantragen, welche darauf von Seiten des Gerichtshofes natürlich erfolgte. So sah denn Dopke seine Schuld durch den Tod des Försters getilgt und verließ mit großer Befriedigung die Anklagebank.

[Hausdiebstahl.] Die Mauereien, welche Dienstboten im Kleinen betreiben, sind eine allgemeine und

große Plage für die Herrschaften, von welcher sich zu befreien, ihnen in den meisten Fällen schwer wird, weil die entwendeten Kleinigkeiten so selten Anlaß zum energischen Einschreiten gegen die diebischen Hände geben und auch häufig bei denselben nicht der Beweis des Diebstahls geführt werden kann. Zu großen oder auch nur so fort bemerkbaren Attentaten auf das Eigenthum der Herrschaft lassen es die schlauen Hausdiebe nur in äußerst geringen Fällen kommen. Nur die unschlauen lassen sich zu solchen verleiten und werden dabei regelmäßig erappt. Das zeigte gestern wieder eine Verhandlung gegen die Dienstmagd Ernestine Wilhelmine Kuch. Dieselbe hatte, aus Kludau bei Stolpe kommend, einen Dienst bei einem Ehepaar in Oliva gefunden und hier, als sich ihr die Gelegenheit dargeboten, genommen, was ihr unter die Hände gekommen: Tuchsachen, ein Atlaskleid, Frauenhemden, Sonnenschirm, Tischdecken, Servietten, Westen, Kinderkleider u. s. w. Nach Verübung des Diebstahls hatte sie sich auch sofort aus dem Hause der Herrschaft entfernt. Diese war denn auch gar nicht darüber in Zweifel gewesen, wer sie bestohlen. Hier in Danzig gelang es bald, der Diebin habhaft zu werden und sie dem Arm der Gerechtigkeit zu übergeben. Vor Gericht gestand sie unumwunden den Diebstahl ein und wurde zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten und Unterfangung der Ehrenrechte auf ein Jahr verurtheilt.

## Paul Flemming.

Litterar-historische Skizze aus dem siebzehnten Jahrhundert.  
Von Louise Otto.

### I.

(Fortsetzung.)

Während so die Freunde im Schweigen und Schauen versunken und doppelt genossen, weil sie ruhten von einer weiten Wanderung und diese Stunde, gleichsam als die letzte ihrer Freiheit um das zehnfache hatten verlängern mögen, wurden sie plötzlich aufgeschreckt von einem weiblichen Schrei; gleich darauf folgte der ungleich gellendere eines Kindes.

Die Freunde sprangen auf und um sich blickend gewahrten sie am nächsten Abhange ein junges Mädchen, das an ihm hinabzuklettern versuchte.

Die Jünglinge hatten sie nicht so bald erblickt, als sie ihr zu Hilfe sprangen, in eben dem Augenblicke, als ein Ruch ihr an einem weißblühenden Schwarzdornstrauch hängendes Gewand von den Dornen befreite und die zarte Gestalt zugleich so erschütterte, daß sie unsehlbar hinabgefallen wäre, hätte sie nicht Pauls stützendes Arm umschlungen und von der gefährlichen Stelle seitwärts weggezogen.

Sie deutete den Berg hinab und sagte: „Nein, ich will nicht oben bleiben — mein Brüderchen ist da hinabgestürzt, ich muß ihm nach.“

„Bleibt hier und wagt nichts unnützes“, bat Paul. „Ich bringe Euch sicher das Kind herauf.“

„Nein! nein! ich muß mit — ich verginge hier doch vor Angst, wenn ich nur still warten sollte, —“ entgegnete sie. — „Da schreit er wieder — Gott sei Dank! so lebt er wenigstens noch! Da sie sich umsahen, gewahrten sie, wie Paul's Begleiter Maximilian, der während Paul sich mit dem Mädchen beschäftigte, schnell wie eine Geyse den Berg hinabgesprungen war, wieder emporkomm, auf seinem Arme einen etwa fünfjährigen Knaben tragend. Der schrie und gebedrte sich freilich etwas unbändig, aber das war auch das sicherste Zeichen, daß er noch lebte, und daß die etwa erhaltenen Verletzungen nicht all' zu schwächender Art waren.

„Sie sehen, er ist wohlbehalten!“ sagte Paul, „und nun warten Sie geduldig noch die wenigen Minuten, bis mein Commilitone wieder bei uns sein wird.“

Sie folgte zwar diesem Rathe, ging aber doch einige Schritte weiter vor, winkte mit ihrem Taschentuch und rief mit melodischer, zärtlicher Stimme „Hänschen! Brüderchen! Hier bin ich!“

Wie zauberisch klang dieser Ton in Paul's gefühlvolles Herz! Ihm war, als dürfte er kein Wort mehr sprechen, als müsse er den Athem anhalten, um nur ferner solchen Tönen zu lauschen. Doch nicht seine Ohren allein — auch seine Augen waren gefesselt von der lieblichen Erscheinung, die er so nahe früher nie gesehen. Aus der Entfernung freilich war sie ihm längst ein liebgewordenes Bild, daß er oft in der Kirche von St. Afra und öfter noch am Fenster des Chörleins des Pfarrhauses von St. Afra gesehen hatte.

Als Maximilian nun den Knaben in ihre Arme lieferte, der nach dem jähren Fall in leichtbelaubtem Gesträuch hängen geblieben war und nun wohl aufgeschlagene Kniee und Hände, aber doch Nichts gebrochen, noch sonst eine bedenkliche Verletzung hatte, sagte die Schwester zu den beiden Jünglingen: „Wie soll ich Ihnen nun danken für Ihre Güte und wem zumeist? Sie haben mir das Brüderchen“, sagte sie, sich an Maximilian wendend — „und Sie, Herr Flemming, mich selbst gerettet!“



Danzig, Baumgartschegasse No. 2,  
empfiehlt sich bei vorkommenden Festlichkeiten  
zur Annahme jeder Musik-Aufführung.